

über Standort und Blickwinkel des Beobachters aus, nichts über das Objekt des Interesses. **Th.D.**

Peter Hocke, Armin Grunwald (Hg.): Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung; Mit Beiträgen von Lutz Mez, Manfred Popp, Wolfgang Kromp, Anselm Tiggemann, Detlev Ipsen, Frank Fischer, Detlef Appel, Martin Stolle, Thomas Flüeler u.a.; edition sigma, Gesellschaft – Technik – Umwelt, Neue Folge 8, Berlin 2006, 257 Seiten, ISBN-10: 3-89404-938-3, ISBN-13: 978-3-89404-938-6; [www.edition-sigma.de](http://www.edition-sigma.de). ●

### Endlagerforschung

## Wenn das Endlager nicht hält, was versprochen wird

Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMW) einen Forschungsverbund zur Untersuchung geeigneter Wirtsgesteine für weitere drei Jahre finanziell unterstützen. Darauf wiesen die Johannes Gutenberg-Universität Mainz im April 2006 und erneut die Universität des Saarlandes Anfang Juni 2006 hin. Wie mitgeteilt wird, soll im Rahmen eines Verbundprojekts „Migration von Actiniden im System Ton, Huminstoff, Aquifer“ nach der Untersuchung von Salz und dem Modelltonmineral Kaolinit nun damit begonnen werden, natürliche Tongesteine auf ihre Eignung als Wirtsgesteine oder als geologische Barriere eines Endlagers für radioaktive Abfälle zu untersuchen. Die Johannes Gutenberg-Universität hatte zusammen mit dem als Projektträger fungierenden Forschungszentrum

Karlsruhe (Abteilung Wassertechnologie und Entsorgung) und dem Forschungszentrum Rossendorf 1995 auf Initiative des BMW einen Kompetenzverbund etabliert, dem mittlerweile weitere fünf Forschungseinrichtungen angehören: das Institut für Interdisziplinäre Isotopenforschung Leipzig, die Universität des Saarlandes mit ihrem Lehrstuhl für Anorganische und Analytische Chemie und Radiochemie von Prof. Dr. Horst Philipp Beck, die Technische Universität München, die Universität Heidelberg und die Universität Potsdam. Künftig will man auch noch mit der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Braunschweig zusammenarbeiten. Die bislang beteiligten acht Forschungseinrichtungen wollen dabei insbesondere ermitteln, wie sich die radioaktiven Elemente, vor allem die Actiniden, auf ihrem Weg durch das Gestein verhalten würden, falls es zu einer Freisetzung und Ausbreitung aus einem Endlager käme, wird erklärt.

Nach ersten Untersuchungen über den Einfluß von Huminstoffen auf das Migrationsverhalten hatte der Kompetenzverbund sein Augenmerk zunächst auf die Verhältnisse bei der Endlagerung in Salzgestein gelegt. Der Einfluß von Huminsäuren auf die Migration von Radionukliden durch Komplexbildung wurde in salzhaltigen Lösungen erforscht. Seit 2003 sei dann das Tongestein Kaolinit als einfaches Modellmineral verwendet worden. Nun sollen die Untersuchungen an Kaolinit beendet und ein in Norddeutschland natürlich vorkommender Mergelton als Referenzsubstanz verwendet werden, heißt es aus dem BMW, in dem weiterhin der Salzstock in Gorleben als Endlager favorisiert wird.

In der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg stößt diese Forschungsausrichtung auf scharfe Kritik

und die Sorge, daß damit die bisherige Vorgabe für ein Endlager endgültig aufgegeben wird, einen wasserdichten Einschluß des Atommülls zu gewährleisten: „Die Forscher wollen nun ‚das Pferd vom Schwanz her aufzäumen‘ und mal sehen, was aus einem Endlager zu den Menschen zurückkommt.“ ●

### Atommüll-Lager

## Neues Untertagelabor für Gorleben geplant

Am 3. Mai 2006 hatte der niedersächsische Wissenschaftsminister Stratmann bei einem Besuch in Gorleben gegenüber der Elbe-Jeetz-Zeitung die Einrichtung eines Atommüll-Versuchslabors verkündet und die Unterstützung der Landesregierung zugesagt. Das stieß bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) „auf Entrüstung, unter anderem weil die Forschungspläne von den Atommüllverursachern finanziert werden sollen, die ein starkes Eigeninteresse an einer „billigen Lösung“ des von ihnen produzierten Atommüllproblems haben“, faßte der BI-Sprecher Francis Althoff zusammen. Laut Planungen will die Gesellschaft für Nuklearservice, ein Zusammenschluß der AKW-Betreiber, für ihre Ziele eine Professur an der Universität Clausthal stiften und weitere Wissenschaftler finanzieren.

Die Bundesregierung schließt die Errichtung eines solchen Labors nicht grundsätzlich aus. In Beantwortung einer kleinen Anfrage über die Fraktion Neue Linke erklärte sie jetzt dazu (Drucksache 16/1775), zuständig für die Errichtung und den Betrieb sei gemäß Paragraph 23 des Atomgesetzes das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Die Pläne zur Errichtung eines

Untertagelabors im Salzstock Gorleben seien bisher aber mit dem BfS nicht abgestimmt und das Konzept sei „dem BfS nicht bekannt“. Auch sei bisher kein Antrag zur Errichtung eines Untertagelabors gestellt worden. Mit dem derzeit noch geltenden Moratorium, das zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen am 14. Juni 2000 vereinbart wurde, sei die Errichtung eines Versuchslabors im Erkundungsbergwerk Gorleben auch nicht vereinbar. Der Bund sei Verfügungsberechtigter über das Erkundungsbergwerk Gorleben und die TU Clausthal benötige deshalb seine Zustimmung zur Errichtung eines Untertagelabors im Bergwerk. Die Einrichtung selbst bedürfe dann der Zulassung zumindest durch die Bergbehörde. Ob darüber hinaus noch weitergehende Zulassungen erforderlich sind, hänge schließlich von der Art der Labortätigkeit ab. ●

### Atommüll-Transporte

## Verwirrspiel um Castor-transporte in 2006 und 2007

Als „politisch inszeniertes Verwirrspiel, um von Castorsicherheitsproblemen abzulenken“ wertet die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) das Hin und Her um stattfindende oder ausfallende Castortransporte nach Gorleben in diesem und im nächsten Jahr. Die Bürgerinitiative äußerte den Verdacht, daß bei Falltests eines neuen, für 2007 vorgesehenen Behälters, ein Zwischenfall verschwiegen wird und hat die zuständigen Behörden gebeten, Einblick in die Sicherheitsprotokolle zu bekommen.

In den letzten Jahren waren Brennelemente mit erhöhtem